

**Antrag zu Diskussionsveranstaltungen über eine „soziale Mindestsicherung“
an den geschäftsführenden Landesvorstand, 21.11.2009**

Der Landesvorstand schlägt dem Ende Januar stattfindenden Landesrat eine breit angelegte Diskussion zum Thema „bedarfsorientierte repressionsfreie Mindestsicherung / Alternativen zu Hartz IV“ zu führen.

Der Landesvorstand DIE LINKE.NRW führt ab März 2009 zwei bis drei regionale Diskussionsveranstaltungen (ggf. Köln, eine Ruhrgebietsstadt, Münster) zum Thema „bedarfsorientierte repressionsfreie soziale Mindestsicherung“ durch.

Das Ziel der Veranstaltungen ist, die innerparteiliche Diskussion über das zentrale Thema „Alternativen zu Hartz IV“ anzustoßen. Auf der Grundlage des Antrages zu einer „bedarfsorientierten repressionsfreien sozialen Mindestsicherung“, der vom Landesparteitag im Oktober 2008 an den am 31.1.2009 tagenden Landesrat verwiesen wurde, soll ein Meinungsbildungsprozess der Partei organisiert werden, um ggf. in die Entscheidung des Landesrates einzufließen.

Mit der Durchführung der Regionalkonferenzen beauftragt der Landesvorstand die Antragsteller.

Eventuell anfallende Kosten (z.B. Raummiete) trägt der Landesverband gegen Rechnungsbelege bis zu 1.500 €.

AntragstellerInnen: Carolin Reißlandt, Rüdiger Sagel, Ingrid Remmers